

Deutschkurse halte ich für sinnvoll – im beiderseitigen Interesse. Ich verstehe nicht, warum sich viele weigern. Die Landessprache zu erlernen wäre mein erstes Ziel, wenn ich in ein fremdsprachiges Land ziehen würde und dort bleiben möchte. Das Gesetz bietet ja ohnehin eine sehr lange Frist einen Deutschkurs zu besuchen. Vielleicht will man ein Exempel statuieren, um der eingegangenen Verpflichtung Nachdruck zu verleihen. Vielleicht lässt sich so ein wenig Einsicht und Vernunft erzielen, wenn man die Rute ins Fenster stellt. GHOST

Man ist sicher kein Menschenfeind, wenn man von Menschen, die bei uns leben wollen und eine neue Heimat suchen, verlangt, die deutsche Sprache zu erlernen. Es kann nur im Interesse – auch der Frauen – sein, wenn sie sich mit anderen Frauen, in der Schule, am Amt verständigen können. Ohne Sprache werden die Zuwanderer sich nie halbwegs integrieren können! GEGENSTROM

Ich hatte vor wenigen Wochen die Gelegenheit, einer türkischen Scheidung beizuwohnen. Beide seit 22 Jahren in Linz, beide berufstätig. Beide brauchten einen Dolmetscher ... Vielleicht verlange ich zu viel, aber wenn ich in ein anderes Land gehe (warum auch immer), erweise ich zumindest nach 20 Jahren, den Menschen dieses Landes, den Respekt, sie in ihrer Muttersprache zu grüßen.

Zur Integration gehört auch ein entsprechender Wille. Es schleicht sich bei mir daher der Verdacht ein, dass es doch vielleicht die „Rosinen“ sind, die unser Land so beliebt machen. Ja und ich weiß, ich bin kein „Gutmensch“ mehr. Den habe ich irgendwo zwischen Linzer Blumau und Mozartkreuzung in den letzten fünf bis sieben Jahren verloren – sorry.

LINZ

nachrichten.at

Deutschtest: Welche Fragen werden Migranten beim Deutschtest gestellt? Mehr auf nachrichten.at

Bleiberecht nur in Ausnahmen: Kritiker sprechen von Farce

LINZ/WIEN. Gut integrieren Ausländern hat Innenministerin Maria Fekter ein Bleiberecht in Aussicht gestellt. Das seit 1. April geltende Gesetz sei jedoch eine Farce, sagen Kritiker.

VON ERIK FANLER

Nach sieben Monaten haben Menschenrechtsexperten eine erste Bilanz gezogen. Von 1059 Anträgen seien lediglich 54 Bescheide positiv ausgefallen. Gar

„Wir produzieren zu viele Risikoschüler.“

ROBERT ZINTENHOF
Menschenrechtspreisträger



Foto: Reiter

nur drei dieser Bescheide landeten beim neu gegründeten Menschenrechtsbeirat: „Das Bleiberecht ist eine Farce. Anstatt den Menschen Chancen zu eröffnen, wurden neue Schikanen errichtet“, beklagt Gertraud Jahn, Sprecherin

der Plattform der Bürgerinitiativen. Dem Beirat wurden nur positiv beschiedene Anträge vorgelegt. Den überwiegenden Rest der Fälle bekamen die Menschenrechtsaktivisten gar nicht zu Gesicht.

Die NGOs listen eine Reihe von Details auf, die ihrer Ansicht nach als Hürden aufgebaut wurden, um das humanitäre Bleiberecht auszuhöhlen. So seien Antragsteller von der Ausweisung bedroht gewesen, auch wenn sie eine so genannte Altfallregelung in Anspruch nehmen konnten. Inzwischen wurde diese Bestimmung vom Verwaltungsgerichtshof gekippt.

Einstellungszusagen von Arbeitgebern genügten der Behörde nicht, um die im Gesetz vorgeschriebene Selbsterhaltung nachzuweisen.

Gertraud Jahn nannte auch den Fall einer seit 2001 im Land lebenden Familie mit zwei Kindern, die

„Politik schießt auf Meinungsfragen.“

JOSEF WEIDENHOLZER
Präsident der Volkshilfe



Foto: privat

trotz bester Integration demnächst abgeschoben werden soll.

Aus Oberösterreich sind keine detaillierten Zahlen bekannt. Er wisse aber von 150 Anträgen, sagte Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer. In einer parlamentarischen Anfragebe-

antwortung ist jedoch von 190 Fällen die Rede. Menschenrechtspreisträger Robert Zintenhof rügte das Bildungssystem, das viele Risikoschüler produziere und dadurch Jugendliche ins rechtsextreme Lager dränge.

Am Samstag wird von den Menschenrechtsorganisationen an den Tag des Bleiberechtes erinnert. Kaputte Stühle symbolisierten gestern am Linzer Friedensplatz, dass noch genug Platz für gut integrierte Ausländer sei.

FREMDEGESETZ

Fekter plant nächste Novelle

Am 20. Oktober steht die nächste Novelle des Fremdenrechts auf dem Plan. Die Plattform Bleiberecht kritisiert weitere Verschärfungen. Geplant seien strengere Kriterien bei der Selbsterhaltungsfähigkeit. Außerdem werde ein „Dul-

ungsstatus“ eingeführt, der Betroffene in die Kriminalität treiben würde. Beschlüsse des Höchstgerichts, die eine aufschlebende Wirkung zur Folge hätten, sollen mit Zweidrittelmehrheit im Parlament ausgehebelt werden.